



Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Duisburg: Lokalpolitische Konzepte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Südosteuropa

Die drei landesgeförderten Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V./AntiDiskriminierungsbüro Köln, vom Planerladen e.V. Dortmund und Anti-Rassismus Informations-Centrum, ARIC-NRW e.V. Duisburg haben den Auftrag, gegen individuelle und strukturelle Benachteiligungen vorzugehen. Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, auf einen gesellschaftlichen Konsens gegen Diskriminierung und für Gleichbehandlung hinzuwirken. Wir sind in der Beratung und Begleitung der EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien aktiv und beobachten und analysieren die Reaktionen der Stadtgesellschaften in Köln, Dortmund, Duisburg und anderen Städten in NRW.

Seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens nutzen viele Menschen aus diesen Ländern ihr Freizügigkeitsrecht und wandern nach Deutschland ein, um für sich und ihre Familien ein besseres Leben aufzubauen. Jedoch ist ihre Situation hier vielfach von ausbeuterischen Wohn- und Arbeitsverhältnissen, fehlender sozialer Sicherung und erschwerem Zugang zu Bildung und der Gesundheitsversorgung geprägt. In den Städten in NRW gibt es auf der einen Seite viele Einrichtungen und engagierte BürgerInnen, die sich bemühen, die Notlagen der EinwanderInnen unbürokratisch und mit kreativen Lösungen zu lindern. Auf der anderen Seite treffen die NeubürgerInnen oft auf abweisendes Verhalten von Institutionen, Behörden und einheimischen Stadtgesellschaften.

Bei der Bewältigung der mit der Einwanderung einhergehenden Herausforderungen sind insbesondere die Kommunen und die Lokalpolitik gefragt. Daher haben wir Wahlprüfsteine zum Umgang mit der Einwanderung aus Rumänien und Bulgarien entwickelt, um die zur Kommunalwahl antretenden Parteien und Gruppen nach ihren Konzepten zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen zu befragen. Unser Anliegen ist es, Transparenz und Sachlichkeit in die öffentliche Auseinandersetzung zu bringen.

Wir werden die Antworten der Parteien auswerten und die einzelnen Konzepte für die WählerInnen (Neu- und AltbürgerInnen) in einer Übersicht veröffentlichen.

Wir bitten daher Ihre Partei um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wohnen

Viele der NeubürgerInnen leben in Wohnungen, die von Wuchermieten und prekären Wohnverhältnissen geprägt sind.

Welche wohnungspolitischen Instrumentarien schlägt Ihre Partei vor, um stärker als bisher Einfluss auf die Beseitigung der desolaten Wohnverhältnisse zu nehmen und für die Schaffung von menschenwürdigem Wohnraum für die NeubürgerInnen zu sorgen?

2. Bildung

Viele Kinder der NeubürgerInnen können ihr Menschenrecht auf Bildung nicht wahrnehmen und ihrer Schulpflicht nicht nachkommen. Es fehlt an Schulplätzen und LehrerInnenstellen und einem dem Leistungsstand und dem Alter angemessenen differenzierendem Unterricht. Der Anspruch für einen Kitaplatz ist für die meisten Kinder im Vorschulalter nicht erfüllt, es fehlen die entsprechenden Plätze.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diesen Missstand der fehlenden LehrerInnenstellen und der angemessenen Unterrichtsversorgung sowie der fehlenden Kitaplätze zu beheben?



3. **Arbeit:**

Die NeubürgerInnen haben oft keine Arbeit und sind gezwungen, den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie in illegalen Beschäftigungsverhältnissen zu verdienen, die von Ausbeutung geprägt sind. Neben dem rigorosen Vorgehen der Ordnungsbehörden -wie Zoll und Polizei - gegen die ausbeuterischen ArbeitgeberInnen sind Maßnahmen gefragt, die die NeubürgerInnen in legale und menschenwürdige Arbeit bringen.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die Schaffung legaler Arbeit und Ausbildungsplätze für die Zielgruppe?

4. **Sprache**

Obwohl die meisten der NeubürgerInnen mehrsprachig sind, haben viele von ihnen aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse Schwierigkeiten in Deutschland Fuß zu fassen. Die Mehrsprachigkeit vieler NeubürgerInnen wäre eine gute Voraussetzung für den Erwerb der deutschen Sprache. Es fehlt aufgrund mangelnder Anspruchsvoraussetzungen jedoch an hinreichenden Sprachkurskapazitäten.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Zugang zu Sprachkursen für die Zielgruppe zu sichern?

5. **Gesundheit**

Die Gesundheitsversorgung der NeubürgerInnen bei akuten Erkrankungen ist oftmals prekär. Aufgrund ausbleibender angemessener Erstversorgung hat dies nicht selten zur Folge, dass sich Krankheitsbilder dramatisch verschlechtern oder es zu einer chronischen Erkrankung kommt. Vielfach haben diese Menschen große Schwierigkeiten einen Krankenversicherungsnachweis (insb. Europe Insurance Card) beizubringen oder anerkannt zu bekommen.

Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um einen angemessenen Zugang zur Erstversorgung sicherzustellen und die Risiken und Benachteiligungen im Bereich der Gesundheitsversorgung zu beseitigen?

6. **Willkommenskultur**

Die öffentliche Auseinandersetzung um den Umgang mit der Einwanderung von EU-BürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien ist häufig von gruppenbezogenen Zuschreibungen geprägt. Vielfach wird für diese Menschen pauschalisierend die Bezeichnung „Roma“ in Verbindung mit antiromaistischen Stereotypen verwandt.

Wie will Ihre Partei Vorurteile abbauen, zur Versachlichung beitragen und die öffentliche Debatte befrieden?

Die NeubürgerInnen sind in zahlreichen Fällen von Ablehnung, Zurückweisung, Ausschluss oder gar Schikanierung durch Verwaltungsstellen, karitativen Einrichtungen und Beratungsstellen bis hin zur Verweigerung ärztlicher Hilfe betroffen.

Welche Maßnahmen sind seitens Ihrer Partei geplant, um die Diskriminierung bei den o.g. Stellen und insbesondere in der Verwaltung zu verhindern? Spricht sich Ihre Partei für die Sicherstellung der Finanzierung entsprechender Sensibilisierungs- und Trainingsmaßnahmen für die MitarbeiterInnen in den o.g. Stellen aus?